

Antrags-Nr.: 1.9.-099

Thema: Abschaffung der Optionspflicht im Staatsangehörigkeitsrecht

Die AWO wird sich in allen politischen Gremien auf Landes- und Bundesebene für die Abschaffung der Optionspflicht im Staatsangehörigkeitsrecht einsetzen. Sie fordert die Verantwortlichen auf, die Optionspflicht für hier geborene und/oder aufgewachsene Jugendliche abzuschaffen und eine Regelung zu schaffen, die den Beibehaltungswünschen der deutschen Jugendlichen und Kindern eingewanderter Eltern entspricht. Die Optionspflicht grenzt die betroffenen Jugendlichen aus.

Das Angebot der Einbürgerung unter Mehrstaatigkeit schafft Vertrauen und verstärkt das Zugehörigkeitsgefühl. Mehrstaatigkeit ist kein Hindernis für die Bindung an Deutschland! Die hohe Übereinstimmung von Staatsvolk und Bevölkerung ermöglicht den Grundkonsens einer Gesellschaft und ist die Grundlage für Teilhabe und funktionierender Demokratie.